



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/295 - 19.12.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Europa Ende 1953	S. 1
Sowjetzonale Begleittöne zur Vierer-Konferenz	S. 3
Zwei Urteile aus Karlsruhe	S. 5
Eine Hindenburg-Biographie	S. 6

## Das Jahr der Spätzündungen

Von Fritz Erlar, MdB

Von vielen Europaplänen nahmen ihre Verfasser an, daß sie im Jahre 1953 verwirklicht würden. Sie müssen nun feststellen, daß selbst das Jahr 1954 für manche dieser Pläne noch mit vielen Fragezeichen versehen ist.

Der EVG-Vertrag sollte längst in Kraft sein. Er hat durch Zeitablauf so viel Schimmel angesetzt, daß er jetzt vielen nicht mehr gefällt, die ihn einstmals ausgehandelt haben. Eine Reihe von Dingen, die 1950 im Frühstadium der Verhandlungen zumutbar waren, sind es heute nicht mehr. Die französische Furcht vor der möglicherweise nicht zu bändigenden deutschen Kraft läßt unser Nachbarland immer mehr zurückhalten. Dulles' brutale Intervention kann dem EVG-Vertrag das Lebenslicht ausgeblasen haben. Italien wird nicht vor Frankreich entscheiden und verlangt vorher die Lösung der Triestfrage. Frankreich dagegen erwartet die Überlassung der Saar; denn darauf läuft es hinaus, wenn die "Europäisierung" nur ein anderer Name sein soll für die unveränderten Ziele der französischen Saarpolitik: Politische Trennung von Deutschland und Wirtschaftsunion mit Frankreich. Daß

Frankreich entschlossen ist, diese Ernte als Mindestkaufpreis für die EVG in die Schauvor zu fahren, zeigt die Verabschiedung der neuen Konventionen zwischen Saarbrücken und Paris vor dem Beginn neuer Saarverhandlungen.

Auf Montan-Union und EVG-Vertrag sollte die Europäische Politische Gemeinschaft aufgebaut werden. Seit März 1953 befindet sich der Verfassungsentwurf der Ad hoc-Versammlung bei den Außenministern. Er hat viele Konferenzen beschäftigt und ist der Verabschiedung nicht näher. Selbst die Montan-Union hat Terminverzögerungen erlebt. Der gemeinsame Markt für Stahl trat mit Verspätung am 1. Mai in Kraft, eine Reihe anderer Befugnisse der Hohen Behörde später als vorgesehen.

Und endlich sollte im Juli die Bermuda-Konferenz stattfinden, die man dann im Dezember abgehalten hat. Die Tagesordnung der Bermuda-Konferenz wurde von den Sowjets bestimmt, als sie - wider die meisten Voraussagen - die Einladung zu einer Vermächte-Konferenz annahm. Statt einheitlicher Stellungnahme der Westmächte gibt es Hauskrach auf der ganzen Linie. Dullos bedroht die Franzosen mit dem Entzug des amerikanischen Wohlwollens, wenn sie die EVG nicht ratifizieren, worauf die französische Presse seinen Kopf fordert. Und Deutschland hat es nicht einmal fertigbekommen, den Westmächten eine gemeinsame deutsche Auffassung zur Frage der Befugnisse einer gesamtdeutschen Regierung nach der Abhaltung freier Wahlen vorzulegen. Die Ausblicke in das Jahr 1954 sind also keinesfalls rosig.

#### Ära Eisenhower ?

Dabei hat das Jahr 1953 für Europa einige beachtenswerte Ereignisse gebracht. Zunächst übernahm Präsident Eisenhower sein Amt, und dann starb Stalin. Beide sind keine Europäer; beide Ereignisse sind aber von größter Bedeutung für die europäische Politik. Zum Tode Stalins meinte Dullos, daß nun die Ära Eisenhower begonnen habe. Wir wären sehr froh, wenn die Europäer sich entschließen könnten, ein Zeitalter europäischer Eigenständigkeit und Selbstbesinnung zu beginnen und sich ihre Politik nicht ausschließlich von der Furcht vor Stalin und seinen Nachfolgern oder vom Druck der amerikanischen Regierung vorschreiben ließen.

In mehreren europäischen Ländern wurde gewählt. In Italien wuchsen Kommunisten und Faschisten; de Gasperi erlitt eine Niederlage. In Deutschland hatte Adenauer einen großen Erfolg. In Dänemark, Österreich und Norwegen siegten die Sozialdemokraten. Der Generalrat des Seine-Departements in Frankreich ist zur Hälfte kommunistisch. Die Wahlen zeigen recht deutlich, wie wertvoll es für Deutschland wäre, wenn es stärker als bisher mit den wirtschaftlich und politisch gesunden, praktisch kommunistenfremden Ländern Europas zusammenarbeiten würde, statt sich auf Bundesgenossen zu stützen, bei denen man nicht weiß, welche Politik sie morgen treiben und welchen Einfluß die Kommunisten noch erringen werden.

Europarat - Forum des freien Europa

Der Europarat hat im Jahre 1953 eine seiner Aufgaben ernsthaft und nicht ohne Erfolg angepackt: Er ist zu einem Forum der politischen Meinungen des ganzen freien Europa geworden, als er die große Ost-West-Debatte führte und die Notwendigkeit von Verhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in den Mittelpunkt stellte. Zwar wurde in der gleichen Resolution indirekt auch die Verwirklichung der EWG gefordert, aber der Ernst der Straßburger Debatte hat die Bereitschaft zu Verhandlungen auf der westlichen Seite günstig beeinflusst. Allerdings sollte sich der Europarat nicht übernehmen. Die Warnung des schwedischen Außenministers Undan war unüberhörbar. Er begründete die bündnisfreie Außenpolitik seines Landes und kündigte den Auszug Schwedens aus dem Europarat an, wenn er sich in eine Verteidigungsorganisation verwandeln sollte.

Auf der letzten Sitzung des Ministerkomitees wurden einige seit langem fertiggestellte Konventionen (z.B. auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, der Anerkennung des Abiturs für alle europäischen Universitäten und des Patentrechtes) unterzeichnet, die wegen der Saarunterschrift bisher nicht zustande kamen. Damit ist wieder ein Schritt vorwärts getan. Nachdem die Bundesrepublik auf den Einreisegesichtvermerk für Europäer verzichtet hat, sind andere Länder gefolgt. Jetzt sollten die nächsten Schritte kommen in der Erleichterung der Paß-, Zoll- und Devisenformalitäten.

Montan-Union fand keine Nachfolger

Eine Erkenntnis ist endlich Allgemeingut geworden: Die Teilintegrationen führen nicht zu Europa, sondern von ihm weg. Man kann nicht einzelne Scheiben aus der Wirtschaft herausschneiden, sondern muß das Ganze - und zwar auch gebietlich das Ganze - zusammenfügen. Die Montan-Union dürfte daher kaum Nachfolger finden. Selbst die beteiligten Industrien haben nach der Anlaufzeit die Nase ziemlich voll und erkennen jetzt die Berechtigung der sozialdemokratischen Einwände an.

Langsame aber sichere Fortschritte hat die kulturelle Zusammenarbeit gebracht. Auf Veranlassung des Europarates trafen sich die Geschichtslehrer, um den Geschichtsunterricht von nationalistischen Vorurteilen zu entgiften. Die Gestaltung der Lehrbücher in einem Geiste der Völkerverständigung ist begonnen worden. Die friedliche Ausnutzung der Atomenergie ist ein dringendes Problem. Der europäische Rat für Kernforschung in Genf ist durch eine Vereinbarung der Regierungen zustandekommen und errichtet das größte europäische Zyklotron. Die Stationierung in der neutralen Schweiz ist eine Garantie dafür, daß diese Arbeiten friedlichen Zwecken dienen.

So geht Europa in das Jahr 1954 mit Hoffnung und Sorge zugleich. Hoffentlich erlebt die Berliner Konferenz nicht auch zuviel Spätzündungen. Die SPD schloß die im August der Öffentlichkeit übergebene Darstellung ihrer Europapolitik mit dem Satz: Ein einheitliches Deutschland wird in enger Gemeinschaft mit den freien Völkern Europas leben, Freundschaft zu den übrigen freien Völkern des Erdballs pflegen und normale Beziehungen zu allen anderen Regierungen unterhalten, um damit seinen Beitrag für die Bewahrung des Weltfriedens zu leisten.

+ + +

Zwei Tonarten in Ostberlin

E.2. Berlin

Wer in den letzten Tagen die beiden massgebenden Zeitungen der Sowjetzone, das Zentralorgan der SED das "Neue Deutschland" und die Zeitung der sowjetrussischen Hochkommission, die "Tägliche Rundschau" genau verfolgt hat, kann nicht darüber hinweggehen, dass sich das Organ Semjonows in diesen Tagen einer betonten Zurückhaltung befleißigt. Gewiss, auch die sowjetische Zeitung hat die letzte Ulbricht-Rede vor der Volkskammer und die Beschlüsse der Friedensratstagung in Weimar nachrichtlich herausgestellt, aber darüber hinaus rühren die Redakteure der "Täglichen Rundschau" keinen Finger. Im Gegensatz zum Zentralorgan der SED, das keinen Tag vergehen lässt, ohne in einem Leitartikel die Ulbricht-Linie als alleinseligmachendes Mittel zur Lösung der deutschen Frage mit den raffiniertesten Reklametricks anzupreisen, bewahrt die Zeitung der Besatzungsmacht, der im östlichen Bereich das alleinige Gewicht zukommt, eine auffällige Reserviertheit. Als am 17. Dezember die SED-Presse, das "Neue Deutschland", allein neun Berichte über Betriebsversammlungen veröffentlichte, in denen die nach der Volkskammerrede Ulbrichts obligaten Arbeiterresolutionen sehr ausführlich wiedergegeben wurden, erwähnt Semjonows Zeitung mit keinem einzigen Wort diese bestellten Applaudierer des SED-Chefs.

Ebenso auffällig ist die Tatsache, dass die Zeitung der Besatzungsmacht mit keinem Wort die von Prof. Kamnitzer auf dem Weimarer "Friedenstag" aufgestellten Forderung erwähnt hat, eine gesamtdeutsche Vertretung - Kamnitzer sprach sogar konkret von einem gesamtdeutschen Büro aus Vertretern von West- und Ostdeutschland - zu bilden. Im offensichtlichen Gegensatz zur SED-Presse bedachten die Besatzungsjournalisten die Weimarer Tagung, die ganz im Zeichen der Ulbricht-Linie stand, mit verhältnismässig wenig Raum.

So wenig man schon heute entscheiden kann, ob diese journalistischen Abweichungen ein Symptom grundsätzlicher Natur oder nur eine Frage der politischen Taktik im Hinblick auf die bevorstehende Berliner Viererkonferenz sind, ihr Auftauchen d a r f nicht

übersehen werden.

Noch ist die Frage nicht entschieden, ob die Sowjets den Termin des 4. Januar für die Berliner Konferenz annehmen, oder ob sie eine längere Vorbereitungszeit fordern werden. Der doppelte Eiserner Vorhang, mit dem auf sowjetischer Seite alle Besprechungen über die Viererkonferenz umgeben werden, macht jeden Einblick sehr schwierig. Es deutet jedoch einiges darauf hin, dass die Vertreter Moskaus alles daran setzen, um mit entsprechenden Unterlagen am Runden Tisch aufwarten zu können. Die verschiedenen Stellen der sowjetischen Hochkommission in Karlshorst haben in den letzten Tagen eine fieberhafte Eile an den Tag gelegt.

Die verschiedenen Ministerien der Sowjetzonenregierung mussten in kürzester Frist Karlshorst detailliertes Material über die Lage in der Sowjetzone und in der Bundesrepublik liefern. So musste das Ministerium für Arbeit genaue statistische Unterlagen beibringen, wie z. B. die Lohnverhältnisse, die Arbeitsgerichtsbarkeit usw. in beiden Teilen Deutschlands liegen. Die geforderten Angaben gehen bis zur kleinsten Einzelheit. So wurden z. B. Angaben über die Zahl der Arbeitsrichter, die Art der zu behandelnden Streitfälle, die Entscheidungen der Gerichte usw. gefordert.

Jedes Ministerium der Sowjetzone musste den sowjetischen Hochkommission die entsprechenden Unterlagen für die Konferenz liefern. Kennzeichnend ist auch der Umstand, dass Karlshorst bei der Beschaffung der Unterlagen die Pankower Regierung teilweise übergab. So wurde z. B. vom Zentralverband der Bildenden Künstler in der Sowjetzone eine eingehende Berichterstattung über die Versorgung der Künstler in der Sowjetzone und der Bundesrepublik verlangt, weiter Angaben darüber, wieviele westdeutsche Künstler in der Sowjetzone in den letzten Jahren ausgestellt haben, wer von ihnen öffentlich in Versammlungen aufgetreten ist und welcher Art die Diskussionsbeiträge waren.

Alles deutet darauf hin, dass sich der Kreml gut gerüstet am Konferenztisch niederlassen will. Wie weit er freilich bereit sein wird, auf eine propagandistisch einseitige Ausschlichtung des Tatsachenmaterials zu verzichten, das zu mutmaßen, kann sich heute keiner erheischig machen.

+

+

+

Zwei Urteile aus Karlsruhe

(sp) Das Wochenende brachte zwei wichtige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechtes: Das Gericht stellte fest, daß alle früheren Beamten- und Angestelltenverhältnisse im öffentlichen Dienst am 8. Mai 1945, dem Tage der Kapitulation des NS-Staates, erloschen seien und daß neues Recht auf diesem Gebiet erst durch das Gesetz zum Art. 131 des Grundgesetzes geschaffen wurde, das am 1. April 1951 in Kraft trat. Einen Tag später entschied Karlsruhe, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau bereits seit dem 1. April 1933 rechtens sei, daß also mit anderen Worten tatsächlich, wie es das Grundgesetz bestimmt, von diesem Tage an alles der Gleichberechtigung entgegenstehende Recht außer Kraft gesetzt wurde, obwohl neues Recht auf diesem Gebiet bisher noch nicht geschaffen worden ist.

Diese zweite Entscheidung entspricht voll der Haltung, die die Sozialdemokratische Partei in dieser Sache stets eingenommen hat. Man darf in diesem Zusammenhang wohl daran erinnern, daß es in erster Linie ihr zu verdanken ist, wenn die Bestrebungen der Regierungsparteien scheiterten, die Bestimmungen des Art. 117 GG um zwei bis drei Jahre zu verlängern. Daran sollte man sich gerade auch bei den Frauen erinnern, wenn jetzt durch den Spruch von Karlsruhe eine sehr viel klarere Situation geschaffen ist. Wenn der neue Bundestag wirklich den eindeutigen und sehr bestimmten Auftrag des Grundgesetzes nach Art. 3 Abs. 2 ("Männer und Frauen sind gleichberechtigt") erfüllen will, sollte es bei gutem Willen nicht schwer fallen, damit in verhältnismäßig kurzer Zeit zurande zu kommen. Gewisse Tendenzen, die sich nach dem 6. September verstärkt haben und die ihren Ausdruck auch in der Bildung eines Familienministeriums mit recht merkwürdiger Blickrichtung fanden, stimmen freilich skeptisch. Jedenfalls wird die SPD keiner Regelung zustimmen, die gegen den absolut klaren Sinn und Wortlaut des Art. 3 GG verstößt.

Was bisher zum anderen Urteil über die Rechtslage der Beamten

und Angestellten des öffentlichen Dienstes bekannt wurde, ist nur ein ganz kleiner inhaltlicher und selten wörtlicher Auszug aus einer Begründung, die den Umfang einer stattlichen Broschüre hat. Vorbehaltlich der genauen Kenntnis des Wortlautes ist immerhin der sachliche Kern klar erkennbar. Das Urteil stellt sich auf den Standpunkt, daß das Beamtenverhältnis - und analog das der Angestellten - im NS-Staat vor allem durch den auf den "Führer" geleisteten "Treueid" und durch das besondere Verhältnis zur einzig tragenden Staatspartei, der NSDAP, rechtstaatlichen Boden verlassen habe. Nach dem Tode Hitlers und dem Ende der NSDAP sei dieses Verhältnis erloschen und nicht bloß suspendiert worden. Es habe sich auch bei der Katastrophe im Jahre 1945 nicht um einen Wandel der Staatsform im herkömmlichen Sinne, sondern um etwas grundlegend Neues und Anderes, nämlich die Ablösung einer Diktatur, eines Unrechtsstaates durch einen Rechtsstaat, gehandelt. Erst durch das Gesetz zum Art. 131 sei ein neuer Rechtszustand eingetreten.

Gleichzeitig wird aber, was sehr bemerkenswert ist, die These von der Kontinuität des deutschen Staates mit dem Hinweis unterstrichen, "auch wenn man annehmen kann, daß das Deutsche Reich durch eine solche Katastrophe nicht untergegangen ist, ..". Es wird also abgelehnt, aus dem ausdrücklichen bestätigten Fortbestand eines deutschen Staates oder Staatsvolkes (unabhängig von seiner gegenwärtigen Aufspaltung in zwei provisorische Staatsgebilde unter fremder Hoheit) die Kontinuität auch der Rechtsverhältnisse der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes zu schlussfolgern. Das ist eine Überlegung, die durchaus einleuchtet. Nach Ansicht des deutschen obersten Gerichtes handelt es sich dabei also um zwei verschiedene Dinge, die sich, vergleichsweise, zueinander verhalten, wie Inhalt und Form.

+ + +

#### Eine Hindenburg-Biographie

##### Hindenburg ist nicht zu retten

R.G. Man weiß nicht so ganz, was man bemerkenswerter finden soll an dieser Hindenburg-Biographie von Walter Görlitz, die in diesen Tagen im Athenäum-Verlag, Bonn, erschien; ist es die so eifrig vollbrachte Kleinarbeit bei der Sichtung der Dokumente, mit der hier ein von der

Schle bis zum Scheitel vollständiges Bild des Soldaten wie des Reichspräsidenten geschaffen wird oder ist es der ebenso eifrig betriebene Versuch, trotz so vieler dokumentarischer Wahrheiten, über dieses Bild einen unpassenden Glorienschein zu zeichnen?

Dieser Versuch ist jammervoll mißglückt, und es ist mitunter fast belastigend, die vielen Bemühungen um eine Entschuldigung zu lesen, wenn der Herr Reichspräsident, dieser "größte Sohn des Hauses" derer von Bismarck und von Hindenburg, wieder einmal etwas falsch gemacht hat in seiner politischen Einfalt. Der Verfasser ist hier nicht der unbestechliche Historiker, als den wir ihn aus anderen Werken kennen; er vergeht vor Ehrfurcht gegenüber der Gestalt, die er zeichnen will, und also zeichnet er ein schiefes Bild. Aber da er keine Tatsachen verschweigt, erkennen wir in diesem Bild doch die wahre Gestalt.

Sehr wohl steht also in dieser Hindenburg-Biographie die Verworfenheit des Großbürgertums vor unseren Augen noch einmal in eindringlicher Klarheit auf, der rücksichtslose, egoistische Schacher der reaktionären Kräfte der Weimarer Republik, denen Hindenburgs ganzes Herz gehört; er aber, Hindenburg ist der Ehrenmann, der "letzte Wächter am Tor", der sich zwar unentwegt "zur versinkenden Ära des Preussentums bekennt", "seinem kaiserlichen Herrn im Exil die Treue hält", aber diese gleiche Treue auch der Verfassung bewahrt, auf die er seinen Eid geleistet hat. Und der Verfasser merkt offenbar nicht einmal, wie sehr er seinen Helden bloßstellt, wenn er ihn immer wieder als die "letzte große Persönlichkeit des 'Ancien Régime' mit allen Vorzügen und mit jener Begrenzung, die das konservative Lebensgefühl in einer entgötterten, aufgewühlten Welt darstellte" bezeichnet, statt deutlich zu sagen, was doch aus den geschilderten Tatsachen so deutlich offenbar wird, daß der Herr Reichspräsident nur immer von einer Opportunität in die andere geschwankt und immer den Weg des geringsten Widerstandes gegangen ist, bis ihm dann zuletzt als einziger Ausweg der Pakt mit dem Braunauer Teufel erschien, dem er, der unantastbare Ehrenmann, dann auch noch bei der Boykottmaßnahmen gegen die Juden sehr nachdrückliche Hilfestellung leistete.

Ein kuriose Buch, fürwahr! Ein vortreffliches Argument für die Forderung, daß Geschichtsschreiber unbefangen sein müssen und nicht vor Bewunderung der großen Zeit oder der großen Helden, über die sie berichten, erstarrten dürfen. Dieser hier erstarrt in Bewunderung, und so ist alle noch so anerkennenswerte Kleinarbeit vergebens.

---

Verantwortlich: Peter Raunau